

Hamburg: Von der gespaltenen zur sozialen und solidarischen Stadt



Erschrecken und Entsetzen aller Orten über die Schiffskatastrophe vor Lampedusa mit Hunderten von Toten im Herbst 2013. Alles werde getan, so damals Bundeskanzlerin Angela Merkel, „um zu verhindern, dass weitere Opfer im Mittelmeer umkommen.“ Und: „Das vereinbart sich nicht mit unseren Werten.“

Und jetzt? Mehr als 5 Jahre später! Die endlosen Dramen und Tragödien auf dem Mittelmeer sind eine Bankrotterklärung der Flüchtlingspolitik Europas und Ausdruck seines Totalversagens als Wertegemeinschaft. Eine einzige Schande sind z.B. auch die jüngst vom Anti-Folter-Komitee des Europarates geschilderten „unmenschlichen und entwürdigenden Bedingungen“ in griechischen Flüchtlingslagern. Sie existieren schon so lange, dass Medien inzwischen sogar die Frage stellen: „Ist das Elend gewollt? Soll es jene abschrecken, die sich mit dem Gedanken an eine Flucht nach Europa tragen?“

Von Hamburg, nach eigenem Selbstverständnis eine Stadt der Weltoffenheit und Humanität, müssen wir erwarten, aus einem solchen Abschottungs- und Abschreckungs-Krieg gegen Flüchtlinge auszubrechen. Wir appellieren an Senat und Bürgerschaft, sich gegenüber Flüchtenden in existentiellen Notlagen nicht abzuschirmen, sondern beispielgebend dazu beizutragen, dass sich ihre Hoffnungen auf ein menschenwürdiges Leben in Freiheit nicht zerschlagen.

Gerade in einer Zeit, in der Menschenrechtsverstöße gegenüber Flüchtenden ein schockierendes Ausmaß angenommen haben, muss Hamburg mehr tun, als nur starr europäische und deutsche Regelungen zu erfüllen. Die ökonomischen Ressourcen Hamburgs und die Gewissheit, dass es das beeindruckende ehrenamtliche Engagement vergangener Jahre auch künftig für die Geflüchteten in unserer Stadt geben wird, bieten gute Voraussetzungen, Hamburg zu einer „solidarischen Stadt“ zu machen.

Insbesondere muss Hamburg:

- Den Beschluss der Bürgerschaft aktiv umsetzen, aus Seenot Gerettete direkt und unbürokratisch aufzunehmen, und darüber hinaus Landesprogramme zur zusätzlichen Aufnahme von Menschen in Not beschließen.
- Die Politik der Abschiebungen beenden.
- Sich klar gegen die Abschottungspolitik Europas einsetzen.

Nicht nur, aber auch der Geflüchteten wegen sehen wir eine der zentralen Aufgaben Hamburger Politik darin, einer gespaltenen Stadt entgegenzuwirken und stattdessen das Ziel einer sozialen und solidarischen Stadt zu verfolgen.

Dafür hat die Politik allen Menschen, die in Hamburg leben

- Schutz zu gewähren vor allen Formen von Unterdrückung und Entbehrung, die ein menschenwürdiges Leben verhindern,
- diejenigen Rechte zu garantieren, die Voraussetzung für ein freies, demokratisches Zusammenleben sind,
- bei Durchsetzung ihrer Grundrechte auf Wohnen, Bildung und Gesundheit alle erforderlichen Hilfen anzubieten,
- zu ermöglichen, voll und ganz am Leben der Hamburger Gesellschaft teilzunehmen.

Hamburg muss dem Beispiel anderer Städte folgen und sich der Initiative „Solidarity Cities“ (<https://solidaritycities.eu/>) anschließen.